

Protokoll
über die 62. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 13.11.2008

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:15 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret SPD-Fraktion
Brill, Anna Fraktion DIE LINKE
Graff, Esther Rahel SPD-Fraktion
Woywode, Robert CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Hubert, Rudolf
Janker, Anja Fraktion DIE LINKE
Mielke, Axel
Schulz, Andreas Fraktion DIE LINKE

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Friedersdorff, Wolfram Dr.
Petznick, Bärbel
Ruhl, Andreas
Seifert, Frank
Subke, Bärbel
Vogt, Monika

Leitung: Erika Sembritzki

Schritfführer: Annika Winter

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 61. Sitzung vom 09.10.2008 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 5.1. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 02242/2008
 - 5.2. Haushaltssicherungskonzept 2008-2020; hier: 1. Fortschreibung (2009)
Vorlage: 02260/2008
 - 5.3. Kooperation mit dem Landkreis Ludwigslust im Bereich BAFöG
Vorlage: 02237/2008
 - 5.4. Überplanmäßige Ausgaben für Leistungen nach dem SGB XII
Vorlage: 02246/2008
6. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 6.1. Arbeit des Seniorenbeirates stärken - Beteiligungsrechte weiterentwickeln
Vorlage: 02223/2008
7. Sonstiges
 - 7.1. Sitzung am 11. Dezember 2008

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 62. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Vertreter der Verwaltung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Frau Bemann, Vertreterin der SPD-Stadtfraktion, bittet um Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 6.1 „Arbeit des Seniorenbeirates stärken – Beteiligungsrechte weiterentwickeln“ (Vorlage 02223/2008) und Wiedervorlage in der Sitzung im Januar 2009.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 61. Sitzung vom 09.10.2008 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

a)
Herr Block, Amtsleiter des Amtes für Soziales und Wohnen, berichtet, dass die Verwaltungsstrukturen zunächst wie bisher fortbestehen und Herr Dr. Friedersdorff zuständiger Dezernent für das Amt 50 ist.

b)
Herr Block teilt den aktuellen Sachstand im Bereich Kommunal-Kombi mit. Zum 7. November wären bereits 28 Beschäftigungsverhältnisse für drei Jahre abgeschlossen. Insgesamt würden sich ca. 90 Anträge derzeit in den verschiedenen Prüfungs- und Bewilligungsphasen befinden. Die zur Verfügung stehenden 300.000 Euro werden bis Ende des Jahres 2010 fast ausgeschöpft.

c)
Die Verwaltung berichtet über die Aktionswoche „Nein zu Gewalt gegen Frauen“ vom 21. bis zum 28. November 2008 und regt eine Teilnahme an.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

a)
Herr Block berichtet von der Bildung der Arbeitsgruppe „Richtlinie LfU“. Die Arbeitsgruppe tagte bereits erstmalig am 29. Oktober 2008. Es würden in dieser Arbeitsgruppe Probleme und Unklarheiten im Zusammenhang mit den Leistungen für Unterkunft und Heizung besprochen. Zum Beispiel das Verfahren bei Miet- und Stromschulden oder bei Umzügen sowie Leistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige in Wohngemeinschaften.

b)
Die Verwaltung berichtet, dass die Anzahl der Leistungsfälle, in denen wegen Überschreitung der Mietobergrenzen abgesenkt werden muss, seit Juli 2008 monatlich erfasst werden. Im Rechtskreis des SGB II betreffe dies bisher 37 Fälle, im Rechtskreis des SGB XII seien es 14 Fälle. Diese relativ kleine Zahl belege die derzeitige Praxistauglichkeit der Richtlinie.

c)
Der Ausschuss gibt Herrn Benno Falk, Mitglied der Initiativgruppe Schwerin „Weg mit Hartz IV“, die Möglichkeit, den von der Initiativgruppe mitgebrachten Antrag auf Zahlung eines Hungerzuschlages vorzustellen. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt. Frau Sembritzki bittet um Diskussion des Themas in den jeweiligen Fraktionen.

d)
Die Ausschussvorsitzende berichtet von der Sprechstunde am 12. November 2008.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2009

Vorlage: 02242/2008

Bemerkungen:

Die Verwaltung führt kurz zur vorgelegten Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2009 ein.

Herr Woywode kritisiert den Umgang der Verwaltung mit dem Ortsbeirat Krebsförden. Der Freizeittreff Krebsförden bekäme im Haushaltsjahr 2009 keine Förderung, ebenso sei die Stelle für die Schulsozialarbeit gestrichen. Die Förderung wäre bisher über das Amt für Schule, Sport und Freizeit gelaufen. Herr Hubert erklärt, dass beim Alternativen Mädchentreff die Fördermittel ebenfalls mit der Begründung gestrichen worden seien, dass die Aufgabe in den sozialen Bereich gehöre.

Herr Dr. Friedersdorff erklärt, dass solch eine Argumentation nicht statthaft sei. Die Fördermittel für die Vereine können nicht auf 0,00 Euro gesetzt werden und das Geld für eine andere Aufgabe verwendet werden, weil die Aufgabe möglicherweise in den sozialen Bereich gehöre. Dann hätten die Aufgabe und die finanziellen Mittel an das Amt für Soziales und Wohnen gegeben werden müssen.

Herr Ruhl, Leiter der Lenkungsgruppe Strategische Steuerung, sagt die Klärung der Problematik zu.

Herr Baumotte, als Vertreter des Behindertenbeirates, erläutert vier vom Behindertenbeirat mitgebrachte Änderungsanträge. Zwei von diesen Änderungsanträgen betreffen das Gesundheitsamt. Die Verwaltung wird diese Änderungsanträge entsprechend weiterleiten. Die weiteren beiden Änderungsanträge betreffen den sozialen Bereich. Alle Anträge sowie ein allgemeine Erläuterung des Behindertenbeirates befinden sich in der Anlage 2 zum Protokoll.

Herr Baumotte erinnert weiter daran, dass eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften geplant gewesen sei. Die Ausschussvorsitzende sagt zu, diesen Wunsch in der Planung für die Januar oder Februar Sitzung in 2009 zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2009 wird bei einer Gegenstimme beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

**zu 5.2 Haushaltssicherungskonzept 2008-2020; hier: 1. Fortschreibung (2009)
Vorlage: 02260/2008**

Bemerkungen:

Herr Ruhl führt zum Haushaltssicherungskonzept 2008 – 2020 aus. Die Haushaltslage sei äußerst schwierig. Unter anderem habe die Landeshauptstadt bei den Allgemeinen Deckungsmitteln (insbesondere Gewerbesteuerereinnahmen) Mindereinnahmen zu verzeichnen. Im Jugend- und Sozialbereich seien die Fallzahlen weiter ansteigend und es würden nach wie vor Einwohner verloren.

Weiterhin berichtet Herr Ruhl, dass das Innenministerium aktuell eine hauswirtschaftliche Sperre von 1,0 Mio. Euro verhängt hätte, diese Sperre könne jedoch ohne Einschnitte im sozialen Bereich realisiert werden.

Das Innenministerium hätte weiter das Haushaltssicherungskonzept, wegen Teilrechtswidrigkeit beanstandet und legt eine erneute Vorlage bis zum 15. Januar 2008 fest.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Kooperation mit dem Landkreis Ludwigslust im Bereich BAFöG
Vorlage: 02237/2008**

Bemerkungen:

Die Verwaltung führt zur Vorlage „Kooperation mit dem Landkreis Ludwigslust im Bereich BAFöG“ aus. Demnach sollen die Aufgaben des Landrates Ludwigslust nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz zur Wahrnehmung an die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin übertragen werden. Die Landeshauptstadt würde die Aufgaben und das bisher beim Landkreis beschäftigte Personal (eine Mitarbeiterin) übernehmen. Im Gegenzug erstattet der Landkreis die Kosten für die gesamte Aufgabenerledigung.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 5.4 Überplanmäßige Ausgaben für Leistungen nach dem SGB XII
Vorlage: 02246/2008**

Bemerkungen:

Die Verwaltung führt aus, dass die weitere Beratung am 17. November 2008 im Hauptausschuss sowie in der Stadtvertretung erfolgt.

Beschluss:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 6 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 6.1 Arbeit des Seniorenbeirates stärken - Beteiligungsrechte weiterentwickeln
Vorlage: 02223/2008**

Bemerkungen:

Wiedervorlage des Tagesordnungspunktes im Januar 2009.

zu 7 Sonstiges

zu 7.1 Sitzung am 11. Dezember 2008

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende kündigt die Dezembersitzung an.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

Protokollführer